

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Verkaufspreis 1.20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brodtkr. 2-5 — Fernruf Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 10

Berlin, den 7 März 1931

6. Jahrgang

Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

So manche Vertreter angeblich notleidender Schichten beschlachten schon den Repräsentanten der Deutschen Republik, den Reichspräsidenten von Hindenburg, um sein Augenmerk auf ihre Nöte zu lenken, aber wohl keine Vertretung hatte eine so einfache wie durchschlagende Begründung und keine so offensichtliche Beweise wirklich vorhandener Not zu Hand wie die Abgeordneten der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die unter Führung Theodor Leiparts am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig wurden, um ihm in einer Aussprache die ersten Besorgnisse der deutschen Arbeiterschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Alle Vortragsenden machten auf den Ernst der Lage aufmerksam. Die hauptsächlichsten Punkte und Wünsche wurden in folgender Erklärung zusammengefaßt und übergeben:

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsstände bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgendwo so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereingliederung dieser Millionen in den Produktionsprozess. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; eine davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der bei der Kaufkraft verringerten Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Verhinderung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaß geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, hoffentlich er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf

weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine leistungsfähige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. G. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeit zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkaukraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unabdingbare Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Berufsbildungserklärung von Schlichtsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Recht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angegriffen wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Vinderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither starkes Mitleid gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.“

gung von Handelsverträgen, zum Zollkrieg gegen Deutschland und damit zum Kampf gegen deutsche Industrieerzeugnisse. Die Unterstützung der Landwirtschaft wirkt sich deshalb zum Nachteil für die Industrie aus; denn das Ausland nimmt unsere Industrieprodukte nicht, wenn wir seinen landwirtschaftlichen Artikeln durch hohe Zölle den Weg zu uns verstopfen. Unsere Fertigmarenausfuhr stieg seit 1925 von Jahr zu Jahr und nahm an Bedeutung zu. Sie hatte im Jahre 1925 einen Wert von 6783,0 Millionen, 1926 einen von 7154,3 Millionen, 1927 einen von 7723,5 Millionen, 1928 einen von 8884,5 Millionen, 1929 einen von 9832,9 Millionen Reichsmark und 1930 einen in fast gleicher Höhe. Wir konnten im Jahre 1930 mit unserem Außenhandel zum erstenmal den von England überflügeln und bewegten uns ständig aufwärts. Diese Entwicklungslinie wird nun durch das Agrarprogramm sicher gestört. Die ungünstige Wirkung auf die Beschäftigungslage der Industrie wird nicht ausbleiben, so daß zu der Lebensmittelpreiserhöhung noch stärkere Arbeitslosigkeit in der Industrie kommen kann.

Wenn der Reichsernährungsminister Schiele in seiner Rede zum Agrarprogramm darauf hinwies, der Index der landwirtschaftlichen Produkte stehe auf 107 Proz. und der der Industrielöhne und -waren auf 150 bis 160 Proz., so muß er berücksichtigen, daß Produzenten- und Verbraucherpreise sehr weit auseinanderliegen. Er möge sich deshalb etwas mehr als bisher um die preistreibenden Kräfte des Zwischenhandels kümmern, damit keine Agrarmaßnahmen die Arbeiterschaft nicht bedrücken. Dazu scheint er Herr Schiele nicht bereit und nicht willens zu sein. Merken läßt er wenigstens nichts davon.

Nach unserem Dafürhalten kann eine Agrarpolitik, die vom Staat Subventionen, Kredite, Beihilfen, Steuererleichterungen verlangt, die der Bevölkerung die gesamte Lebenshaltung verteuert, die zur Aufkündigung von Handelsverträgen, zum Zollkrieg und zu Repressalien ausländischer Staaten gegen unsere Industrie führen, nicht der Gesamtwirtschaft dienlich sein. Wenn nun jeder Wirtschaftszweig in Deutschland so handeln wollte, wohin würden wir dann kommen? Die Landwirtschaft bekam seit dem Jahre 1919 an Zuschüssen, Krediten und Beihilfen rund 2,5 Milliarden Reichsmark, sie hatte ungeheure geldliche Vorteile von der Zollpolitik, sie wurde steuerlich begünstigt, sie soll nun noch für die Dörfel 1 Milliarde Reichsmark an Beihilfen bekommen, und neue Zollgeständnisse erhielt sie auch. Die Summen lassen sich gar nicht mehr berechnen, die der Staat der Landwirtschaft zuwandte. Dabei schreit aber diese so stark unterstützte und subventionierte Landwirtschaft wie besessen, wenn der Staat den wirklich in Not befindlichen Arbeitslosen etwas gibt. Dieses Verhalten ist eine so große Ungerechtigkeit und läßt so raffigierigen Egoismus erkennen, daß man das gar nicht scharf genug verurteilen kann. Davon sollten die Arbeitshauern abrücken; denn wir können nicht glauben, daß sie gerade dieses herausfordernde Vorgehen der Großagrarien billigen. Die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig mit ihrem Jahresproduktionswert von rund 15 Milliarden Reichsmark ruft stets beim Staat um Hilfe, der mit Allgemeinmitteln helfen soll, aber diese Hilfe anerkennen, davon ist keine Rede. Je mehr der Staat gibt, desto unerschämter gebärden sich bestimmte Kreise dann gegen den Staat. Durch eigene Kraft ihr wirtschaftliches Schicksal ändern und bessern, fällt ihnen gar nicht ein. Dabei zeigen gerade andere mit Deutschland vergleichbare europäische Länder, wie sich die Landwirtschaft erfolgreich selbst helfen könnte. Was die dänische, die finnische und belgische Landwirtschaft kann, sollte auch die deutsche können. Aber darin mangelt es. Deshalb muß die Allgemeinheit bluten, um die Landwirtschaft zu retten. Es werden sich aber bereits einseitige Landwirte und Arbeitsbauern gegen die schädigende Agrarpolitik. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ schreibt ein Arbeitsbauer: „Wo soll das hinführen, wenn z. B. in einem Ort von zehn Landwirten sechs bis sieben fleißig und sparsam waren und mit Steuern überlastet werden, dagegen die anderen drei bis vier faule verschwenderisch, die seit Jahren keine Steuern bezahlen, nun plötzlich Tausende von Mark Faulheitsprämie erhalten. Alle mir bekannten Anwärter der Dörfel sind rechtsradikal und Nazis, die erklären offen, daß sie nicht daran denken, jemals eine Mark Zinsen oder Steuern zu bezahlen. Wenn man dem Osten helfen will, sollte man allgemeine Hilfe, wie Lastsenkung und dergleichen durchführen, anstatt die unfähigen Elemente zu unterstützen.“ Das ist typisch.

Daß mit der Lebensmittelpreiserhöhung und mit der Subventionierung der Landwirtschaft Schluß gemacht wird, sollten endlich auch einmal die Industrie, der Handel, Verkehr, das Handwerk und Gewerbe einsehen. Die Industrie nahm bekanntlich gegen das Agrarprogramm Stellung, aber es hat den Anschein, als wolle eine Krähle der anderen die Augen nicht aufhaken. Für die Arbeiterschaft ist es unerträglich und in Zukunft nicht mehr möglich, angesichts der Landwirtschaft den Hungerriemen noch enger zu schnallen.

Der Regierung muß in diesem Falle ein Halt zugerufen werden, weil sonst der deutschen Gesamtwirtschaft Gefahr droht.
E. Agr.

Erhebliche Wirtschaftsbelastung durch Landwirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft ist nicht nur ein Schmerzenskind der deutschen Wirtschaft, sondern auch eine teure Last für den deutschen Staat und für das deutsche Volk, sie ist als Wirtschaftszweig auch ein Hindernis, das lähmenden Einfluß auf die Entwicklung ausübt, und politisch gesehen ist sie der Reaktionsherd in Deutschland.

Die Landwirtschaft braucht infolge ihrer Rückständigkeit und Versäumnisse auf vielen Gebieten gegenwärtig wie schon so oft außerordentlich umfangreiche und weitgehende Staatsbeihilfen. Der Staat muß also, trotzdem er selbst in Not ist, aus Allgemeinmitteln der Landwirtschaft Milliarden geben und ihr beibringen. Die Regierung stellte zu diesem Zweck ein Programm auf, das die Industrieerwerbschaft in seiner Auswirkung und bei seiner Durchführung ganz schwer belasten wird.

Wenig sind in dem Programm auch allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeiten festgelegt, aber die darin enthaltene Lebensmittelpreiserhöhung in dieser Zeit, in der ein sichtbarer Preisabbau dringend nötig ist, bereitet eine Massenbelastung vor, deren Wucht die Arbeiterschaft sehr stark fühlen wird. Es ist gar nicht notwendig, auf alle Einzelheiten des Schiele'schen Agrarprogramms einzugehen, und es genügt, wenn die Folgen entsprechend gekennzeichnet werden.

Der Reichsbestellungsplan bringt eine recht schmerzliche Getreide- und damit auch Brotpreissteigerung; denn die Umstellung vom Roggen- zum Weizenanbau soll durch eine weitere Erhöhung der Weizenpreise angeregt werden, und diese Preispolitik soll ein prinzipiell wirtschaftlicher Anreiz zur Umstellung sein. Die gleitenden Zölle, die bisher nur für Getreide bestanden, sollen nun auch für alle agrarischen Produkte eingeführt werden, also für Fleisch, Wollereiprodukte, Eier, Hülsenfrüchte und für Erzeugnisse der Forstwirtschaft.

Was die Zollbelastung gegenwärtig schon für den deutschen Arbeiter und für die deutsche Arbeiterin bedeutet, soll einmal in einigen Zahlen zum Ausdruck gebracht werden. Gegenwärtig

ist das Brotgetreide auf dem Weltmarkt außerordentlich billig. Die Tonne bester Weizen kostet weniger als in Friedenszeiten, nämlich 120 RM die Tonne, also 6 RM der Zentner. Von dieser Senkung spürt die deutsche Arbeiterschaft in diesen Notzeiten mit ihren überhöhten Preisen nichts, weil eine Tonne Weizen bei ihrer Einfuhr mit 250 RM Zoll belastet wird. Infolge dieses Umstandes kommt der Weizenpreis in Deutschland auf 270 RM, also um 150 RM mehr als der Weltmarktpreis beträgt. Beim Roggen liegt es ähnlich. Der Roggenzoll ist 150 RM, und der Roggenpreis wird trotz ungeheurer Lagerbestände auf 280 RM die Tonne gehalten. Die Verteuerung des Weizens allein belastet die deutschen Verbraucher mit 840 Millionen Reichsmark im Jahr. In fast gleicher Weise werden durch die Zölle Roggen und Zucker verteuert, so daß darin noch einmal eine Verteuerung von 1,2 Milliarden Reichsmark liegt. Es ist selbstverständlich, daß diese 2 Milliarden Reichsmark Verteuerung wichtiger Lebensmittel auch eine verteuernde Wirkung auf die anderen Lebensmittel der deutschen Bevölkerung haben. Und in einem anderen Zahlenbeispiel ausgedrückt sieht es so aus: Nach dem „Geonomist“ muß der deutsche Arbeiter für eine bestimmte Menge Weizenbrot 1,40 RM bezahlen, die der englische Arbeiter zum Preise von 0,58 RM erhält. Der deutsche Arbeiter mit niedrigeren Löhnen muß demnach einen fast dreimal höheren Preis für eine bestimmte Brotmenge bezahlen als der höher bezahlte englische Arbeiter.

Es ist es jetzt beim Brot, so soll es nun nach den agrarischen Wünschen auch bei Fleisch, bei Wollereiprodukten, bei Eiern, Hülsenfrüchten und anderen Erzeugnissen werden mit dem Ergebnis, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland in die Höhe getrieben werden, damit die Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Handwerker verdienen kann. Rücksichtslos werden die Lebensinteressen der Armen den Reichen geopfert.

Die Zollpläne des Regierungsmannes Schiele haben aber auch nachteilige Wirkung auf das Ausland. Die Zollserhöhungen in Deutschland lassen sich andere Staaten einfach nicht gefallen. Können sie sich auch nicht gefallen lassen. Das führt zur Rück-

